

Altpapiersammlung

Max Beck AG zieht sich in Vaduz zurück

VADUZ Die Altpapiersammlung in Zusammenarbeit mit der Pfadfinderschaft Vaduz wurde durch die Max Beck AG per sofort eingestellt, teilte das Bürgermeisteramt am Mittwoch mit. Grund der sofortigen Einstellung dieser Dienstleistung stelle die Risiko- und Gefahreinschätzung dar, die nach einem tragischen Betriebsunfall von der Max Beck AG vorgenommen wurde. Der Gemeinderat hat diese Entscheidung anlässlich der Sitzung am 18. Februar zur Kenntnis genommen. Aufgrund dieser Entwicklung werden alle bereits angekündigten Altpapiersammlungen und insbesondere jene vom Samstag, den 1. März, nicht mehr durchgeführt, gab die Gemeinde weiter bekannt: «Den betroffenen Personen, Haushalten und Unternehmen bietet sich nun analog der Handhabung unserer Nachbargemeinden die Möglichkeit, das Altpapier in der Wertstoffsammelstelle «Haberfeld» abzugeben.» (red/pd)



Neues Gefährt für den Behindertenverband Das Auto bietet Platz für drei Rollstühle

SCHAAN Am Mittwoch erhielt der Liechtensteiner Behinderten-Verband (kurz: LBV) von der «Hand in Hand»-Anstalt aus Balzers eine grosszügige Spende: Die Übergabe des Mercedes Sprinters, ein Fahrzeug, das Platz für drei Rollstühle bietet, erfolgte im Beisein von Jacqueline Senti-Vogt («Hand in Hand»-Anstalt), Martin Batliner (LBV-Präsident), Judith Meile (LBV-Geschäftsführerin) und Inge Brendle (Leiterin Transport LBV), von links. «Der LBV dankt herzlich für die grosszügige Spende. Das Auto wird täglich im Einsatz stehen», heisst es in der gestrigen Medienmitteilung. (Text: red/pd; Foto: Paul Trummer)

LESERMEINUNGEN / FORUMSBEITRAG

Regionale Spitalpläne

Wieder die SVP gegen alle?

Mit grösstem Erstaunen habe ich den Bericht im «Volksblatt» auf Seite 1 am 18. Februar 2014 gelesen. Ausgerechnet die SVP ist dafür, in Rüthi ein neues Spital zu bauen. Es wird davon gesprochen, fast 200 Millionen Franken in dieses Projekt zu investieren, mit Beteiligung aus Liechtenstein. Die Höhe der FL-Beteiligung wird nicht beziffert. Es ist auch zu lesen, das dieses Projekt viel Zustimmung aus unserem Land erfährt. Des Weiteren verspricht der St. Galler SVP-Präsident (der erstaunlicherweise auch noch Architekt ist), attraktive Arbeitsplätze für gut ausgebildetes medizinisches Personal. Woher soll dieses kommen? Wahrscheinlich auch teilweise aus dem Ausland. Was ist dann mit dem Kontingent und der Freizügigkeit für dieses Personal und natürlich mit dem Familiennachzug? Ich finde diesen Vorstoss einfach nur populistisch. Weil die SVP gegen alle anderen Parteien im St. Galler Parlament ist, muss sie mit einem eigenen Vorschlag kommen. Der SVP ist es egal, wenn es zu jahrelangen Verzögerungen für die anderen Spitalprojekte und natürlich auch zu Kostenerhöhungen kommt. Natürlich ist es der SVP auch egal, wenn die Spitäler in Grabs und Altstätten geschlossen werden. Was ist eigentlich mit dem dortigen Personal? Ich persönlich wäre sehr vorsichtig mit Vorschlägen seitens der SVP.

Für die SVP sind nur Verträge gut, die den eigenen Interessen dienen. Alle anderen kann man ja kündigen oder neu verhandeln. Der 9. Februar 2014 lässt grüssen. Ich möchte ausdrücklich betonen, das ich natürlich das Volksmehr zu dieser Abstimmung respektiere.

Karl Müller,
Landstrasse 159, Triesen

«Unreflektiert»

«Was verletzt, ist die Erniedrigung»

Lieber Herr Heinrich Senti, lieber Herr Hansjörg Frick
Die Art und Weise Ihres Artikels und der Missbrauch dieser «Raoul»-Geschichte hat uns zutiefst schockiert. Es ist für alle Beteiligten äusserst entwürdigend und menschenverachtend, solche unreflektierten Geschichten zu veröffentlichen. Wir kennen die betroffene Frau seit vielen Jahren sehr gut und wissen, dass sie weder Menschen noch Tiere schlagen oder physisch oder psychisch misshandeln würde. Vielmehr scheint es so, dass sie ein Beznepf geworden ist. «Beznepf» ist die Bezeichnung für Heiratschwindel, um zu einer Aufenthaltsbewilligung in Europa zu kommen. Diese Männer und auch Frauen schrecken vor nichts zurück, wenn der Betrug auffliegt. Und genau das scheint dieser Frau passiert zu sein! Damit nicht genug, wird sie nun auch noch öffentlich aufs Gröbste attackiert und beschuldigt - wie in ihrem Artikel «Hilfe für geschlagene Männer» («Vaterland» vom 18. Februar 2014). Das Schlimme daran ist, dass Sie solch eine Geschichte dann auch noch verwenden, um für ein Männerhaus Werbung zu machen.

Maria Sprenger, Oberfeld 6, Triesen
Ingrid Strobl, Schaanerstr. 78, Vaduz
Paula Forrer, Gärtnerweg 2, Trübbach
Brigitte Gsthöl, Im Gagoz 11, Balzers
Arthur u. Gioia Büchel, Habrüti 330, Ruggell
Annette Bruhin, Hinterdorf 9, Fläsch
Sandra Büchel, Saxweg 7, Buchs
Burgi Beck, Eggstr. 30, Triesenberg
Barbara Sulser, Säss 11, Balzers
Eva Ospelt, Im Gässle 8, Vaduz
Monika Weiss, Guler 8, Mauren
und andere Personen, die aus Angst vor Rache nicht wagen zu unterschreiben.

Einwanderungsinitiative
Mutige Schweizerinnen und Schweizer!

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben am Abstimmungsantrag Mut gezeigt und zu der Einwanderungsinitiative Ja

gesagt. Die Schweiz war in der Vergangenheit für Liechtenstein oft ein Vorbild und ich bin zutiefst überzeugt, dass auch wir Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner gut beraten wären, die Überfremdung in Liechtenstein ernst zu nehmen. Die Ausländerquote in Liechtenstein ist weit höher als in der Schweiz. Die Folgen sind die gleichen, nur in einem viel grösseren Ausmass. Schweiz und Liechtenstein sitzen im selben Boot. Unsere Politiker sowie die Verantwortlichen von Wirtschaft und Presse sind aufgerufen, die Schweiz zu unterstützen und gemeinsam einen Weg zu suchen, der die heutige Masslosigkeit auf ein vernünftiges Niveau reduziert. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, auch Liechtenstein hat mit gewissen Gruppierungen riesige Probleme, die wir längerfristig allein nicht bewältigen können. Nutzen wir die Chance zusammen mit der Schweiz, das Überfremdungsproblem einer tragbaren Lösung zu zuführen.

David Vogt,
Rheinstrasse 54, Balzers

Glaube

«Gerechtigkeit» und «Teilen»: Maske des (Welt-) Kommunismus

1. Den Worten «Gerechtigkeit» und «Teilen» werden wir in Zukunft in den globalgesteuerten Grossmedien mit Gewissheit immer öfter begegnen. Denn im Namen einer heuchlerischen Nächstenliebe soll uns Naivlingen ein (Welt-)Kommunismus verkauft werden: Unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit und des Teilens lassen sich - vor allem in Zeiten grösster Herausforderungen - den getäuschten Völkern «elegante» Rechte, Besitz und Nahrung nehmen. Woran erkennt man den Kommunismus? Nicht zuletzt daran, dass das Volk im Namen der «Gerechtigkeit» die Freiheiten verliert. Dass der Kommunismus (mit seinen nunmehr ca. 100 Millionen Toten) niemals ein idyllisches «Alle-habengleichviel-Paradies» ist, lehrt die Geschichte allzu deutlich.
2. Seit Jahren warnen seriöse Experten, unter anderem Radiomoderator Alex Jones, vor dem heranrollenden Weltkommunismus («Neue Weltordnung»). Jones: «Falls ihr nicht totale Sklaven sein wollt, falls ihr nicht betrogen und zugrunde gerichtet werden wollt, falls ihr Tatsachen (wissen) wollt: dann ist es von Vorteil, aufzuwachen und unsere Behauptungen zu überprüfen - und ihr werdet herauszufinden, dass diese stimmen. Falls ihr nicht komplette Narren sein wollt, dann

wacht auf bezüglich der Übernahme durch die Neue Weltordnung.» («Alex Jones Channel», YouTube.com, 13. Oktober 2013; infowars.com)

3. Vor 20 Jahren sagte uns David Rockefeller, einer der mächtigsten Globalisten: «Wir stehen am Beginn eines weltweiten Umbruchs. Alles, was wir [= die Mächtigsten] brauchen, ist die eine richtig grosse Krise und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren.» (1994 vor dem Wirtschafts-Ausschuss der Vereinten Nationen, UN Business Council) - «Neue Weltordnung» heisst dunkelster Kommunismus.

4. Liechtenstein verhält sich wie eine Weihnachtsgans, die eifrig mithilft bei der Zubereitung eines «globalen Festmahls» und dabei ignoriert, dass «Weihnachtsgans» als Menü auf der Speisekarte stehen wird ... - Übrigens, wird unsere geplante Regierungsreform die Rechte des Volkes stärken ...?

5. Dass wir uns in einem spirituellen Endkampf - Gut gegen Böse - befinden, wollen die meisten von uns nicht wahrhaben. Dabei tarnt sich das Böse mit dem Mantel des Guten («Gerechtigkeit», «Teilen», «Menschenrechte», «Friede», «Neue Weltordnung») und ist gerade deshalb so gefährlich! Es liegt nahe, dass in diesen Zeiten eine gestärkte Kirche in Liechtenstein und das angstfreie, vertrauensvolle Gebet von grösster Bedeutung sind. Und die Bereitschaft aller, unsere Verfassung zu verteidigen.

Urs Kindle,
Binzstrasse 51, Mauren

Selbstanzeigen

Durch eine Steueramnestie billig davonkommen

Im Jahr 2011 hat Liechtenstein mit der Umstellung auf das neue Steuergesetz eine befristete Selbstanzeige-möglichkeit für Steuerhinterzieher angeboten. Es war Inländern bis Ende 2011 möglich, nichtversteuertes Vermögen und Einkommen ohne irgendwelche Zuschläge zu legitimieren. Viele reuige Steuerzahler machten von diesem für sie äusserst interessanten Angebot Gebrauch, was 23 Millionen Franken in die Staatskasse spülte.

Geht es nach der Regierung und den meisten Landtagsabgeordneten, soll erneut eine Straferlassrunde (Amnestie) für inländische Steuerhinterzieher durchgeführt werden. Dies zu den praktisch gleichen Bedingungen wie 2011 - mit dem Unterschied, dass gemäss dem neuen Vorschlag auf die zweite Lesung die Amnestie nicht zeitlich befristet sein soll. Jeder Steuerpflichtige soll

aber nur einmal im Leben davon Gebrauch machen können. Aus Sicht der Freien Liste ist eine solche Straferlassrunde an sich schon äusserst bedenklich und unnötig: Denn Steuersünder können sich ohne Amnestie selber anzeigen und von deutlich günstigeren Konditionen als bei einer Entdeckung profitieren - das sieht das Steuergesetz heute schon vor. Mit einer erneuten Amnestie sollen nun Steuersünder, die vor drei Jahren noch nicht von der attraktiven Möglichkeit, ihr Vermögen zu legalisieren, Gebrauch gemacht haben, immer noch gut davonkommen und dies, obwohl sie ab 2011 weitere drei Jahre Steuern hinterzogen haben. Es war der DU-Abgeordnete Harry Quaderer, der im Dezember Landtag einen Zusatzartikel zur geplanten Steueramnestie auf den Tisch brachte, der das Gerechtigkeitsempfinden in dieser Sache noch zusätzlich strapaziert. In einem vereinfachten Verfahren sollen nach Quaderer Steuersünder ihr unversteuertes Vermögen pauschal abgeben können. Sie sollen dem Staat nicht einmal Rechenschaft über die Herkunft ihrer Gelder ablegen müssen, sondern bezahlen dem Staat einen Absolutionsbetrag - eine pauschale Abgeltung von 2,5 Prozent plus Gemeindefuzusatz, sprich 6,25 bis 7,5 Prozent, auf das Vermögen. Davon profitieren sollen natürliche Personen, Einzelunternehmen beziehungsweise Selbstständigerwerbende und Stiftungen mit inländischen Errichtern beziehungsweise Begünstigten. Die lapidare Begründung für diesen Zusatzartikel war, dass Personen im Lichte der internationalen Entwicklung zunehmend Angst davor hätten, entdeckt zu werden. Die Freie Liste stellt sich die Frage, ob es Aufgabe der Politik und des Staates sein soll, Steuersünder von ihrer Angst vor dem Steueramt zu befreien. Wohl kaum: Es darf nicht sein, dass die Volkstribüne das Ohr bei den unehrlichen Steuerzahlern haben. Es ist Aufgabe der Regierung, unmissverständlich zu kommunizieren, dass in Liechtenstein keine Toleranz mehr gegenüber Steuerhinterziehung herrscht. Die Freie Liste Fraktion steht einer Steueramnestie an sich schon kritisch gegenüber. Als absolut inakzeptabel sieht sie eine erneute Amnestie unter gleichen Konditionen wie im Jahr 2011 an und die erwähnte Pauschal-Abgeltung. Sie wird im März Landtag fordern, dass die Offenlegungsperiode (Verjährung) erweitert wird, die Konditionen für eine Selbstanzeige verschärft werden und auf eine pauschale Abgeltung verzichtet wird. Alles andere wäre Hohn gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern.

Landtagsfraktion der Freien Liste

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von volksblatt.li:
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft,
Sport und Kultur



Regierungsprogramm
2013-2017 vorgestellt

www.volksblatt.li